

24.04.2011

FDP: Hartmut Kowalinski spricht bei der Liberalen Runde

## Entschluss für HLZ war „übereilt“

**HIRSCHBERG.** Von Neuigkeiten aus dem Geschehen in der Kreis- und Kommunalpolitik berichtete FDP-Kreis- und Gemeinderat Hartmut Kowalinski bei der liberalen Runde in der Alten Villa – die Anzahl an Zuhörern war überschaubar.

Die Kosten für das Hilfeleistungszentrum (HLZ) beliefen sich zurzeit auf rund 7,6 Millionen Euro, Kowalinski nannte den Entschluss „übereilt“. Der Vorschlag der FDP, das Zentrum in „Public Private Partnership“ zu erstellen, haben im Gemeinderat nicht durchgesetzt werden können.

### Gegen „Großsachsen-Süd“

Aufgrund von Neuanschaffungen im Fuhrpark sei der Zuschuss der Gemeinde zur RNV, der Betreibergesellschaft des Schienenverkehrs, auf nun 310 000 Euro pro Jahr gestiegen. Hirschberg schneide hierbei im Vergleich zu Schriesheim aber günstig ab, da der Zuschuss höher sei. Der Haltepunkt „Großsachsen-Süd“ wird von der FDP aus Kostengründen abgelehnt, der Schienenverkehr werde durch einen weiteren Haltepunkt weiter gebremst. Der Haltepunkt verursache Baukosten von rund Euro 800 000. Durch den Ausbau der S-Bahn Rhein-Neckar Richtung Norden entstehen der Gemeinde Kosten in Höhe von 400 000 Euro, da der Bahnhof „Heddesheim-Hirschberg“ entsprechend saniert und ausgebaut werden müsse.

Für frei werdende Liegenschaften, insbesondere das Feuerwehrhaus in Leutershausen, hätten sich bereits Interessenten gemeldet, in-

formierte Kowalinski. Durch die vorzeitige Besetzung der Plätze des betreuten Wohnens für Senioren in Großsachsen seien einige Interessenten verärgert worden, daher fasse man ähnliche Planungen für Leutershausen ins Auge. Als „Lichtblick“ bezeichnete er die Bedarfsplanung der Kindergärten, da ein Mehrbedarf für zwei Kindergartengruppen entstehe, diesem Bedarf trage die Gemeinde nun Rechnung.

### Mehreinnahmen beim Kreis

Auch aus dem Kreis gab es Einiges zu berichten. Die gute Konjunktur bewirke für den Kreis sinkende Sozialausgaben sowie höhere Einnahmen aus den entsprechenden Umlagen – beispielsweise aus der Gewerbesteuer. Der Kreis könne daher für das Jahr 2010 mit Mehreinnahmen von rund 17 Millionen Euro rechnen. Dies sei zwar „erfreulich“, als Konsequenz hieraus resultiere jedoch die Forderung der Gemeinden nach einer Senkung des Anteils des Kreises an den Umlagen. Im Endeffekt dürften für die Gemeinden deutlich größere finanzielle Spielräume entstehen. Für das Beheben von Frostschäden aus dem Winter seien dem Kreis Kosten von 980 000 Euro entstanden.

Für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes in der Nähe des Krankenhauses Weinheim sei noch kein Nutzer gefunden, die FDP lehnt eine Verlegung der Arbeitsagentur dorthin aufgrund der ungünstigen Lage ab. Kowalinski betonte, dass man sich um ordentliches Wirtschaften bemühe: „Man muss sich nicht alles leisten, was es gibt.“ *kle*